

GENERATIONENGERECHTIGKEIT ENDLICH ERST NEHMEN!



Foto: Adobe Stock

Der Familienbund fordert in der aktuellen Haushaltskrise dazu auf, die Lösung finanz- und klimapolitisch an den Interessen der zukünftigen Generationen auszurichten.

Berlin, 27. November 2023 – Während nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts die Finanzierung des Klimaschutzes diskutiert wird, fordert der Familienbund sozial gerechte Lösungen. Eine pauschale Kürzung bei Sozialleistungen lehnt er ab. Dies sei insbesondere mit Blick auf den betroffenen Klima- und Transformationsfonds auch eine Frage der Klimagerechtigkeit: „Es ist klar nachgewiesen, dass für die Verursachung der Klimakrise vor allem die einkommensstärkeren Haushalte verantwortlich sind“, äußerte der Präsident des Familienbundes, Ulrich Hoffmann. „Von Armut betroffene Menschen tragen hingegen deutlich weniger zum Klimawandel bei. Daher darf die momentane Finanzierungslücke nicht durch sozialstaatliche Kürzungen bei den Ärmsten kompensiert werden.“

Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 15. November 2023 die Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) für verfassungswidrig erklärt hat, klafft eine Lücke von insgesamt 60 Milliarden Euro, verteilt über vier Jahre. Im Sinne der künftigen Generationen hält Hoffmann eine solide Haushaltsführung für wichtig. „Es geht beim Vermeiden zu hoher Schulden um die gerechte Verteilung von Freiheit zwischen den Generationen. Leider ziehen die künftigen Generationen oft den Kürzeren, da der Blick der Politik oft nur auf die nächste Wahl gerichtet ist. Dass dieses strukturelle Problem der Demokratie nur durch verfassungsrechtliche Grenzen in den Griff zu bekommen ist, zeigt neben dem aktuellen Urteil auch der Karlsruher Beschluss zum Klimaschutz.“ Hoffmann weist darauf hin, dass das aktuelle Urteil keinesfalls dazu führen dürfe, dass der Klimaschutz vernachlässigt wird. „Die finanzielle Generationengerechtigkeit durch Abstriche bei der ökologischen Generationengerechtigkeit zu sichern, wäre geradezu paradox – und verfassungswidrig. Wenn die Politik die Generationengerechtigkeit als Kern der Karlsruher Rechtsprechung

erkennt, ergibt sich ein klarer Kompass für mögliche Lösungen. Die großen Zukunftsherausforderungen der Gesellschaft müssen weiterhin ausreichend finanziert sein: Der Erhalt einer intakten Umwelt für unsere Kinder, ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungssystem und die stark mit der demografischen Entwicklung verknüpfte langfristige Sicherung der Altersvorsorge. Bei all diesen Themen stehen Familien und ihre Anliegen im Zentrum. Familienpolitik ist Zukunftspolitik und darf nicht zu kurz kommen.“

Für die Umsetzung eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur Lösung dieser Generationenaufgaben hält Ulrich Hoffmann klar definierte Ausnahmen von der Schuldenbremse für denkbar. Voraussetzung müsste aber sein, dass eine zusätzliche Verschuldung vom Bundesverfassungsgericht daraufhin überprüfbar ist, ob sie als ökonomisch sinnvolle Investition angesehen werden kann, die nach einer Abwägung aller relevanten Aspekte im Interesse der zukünftigen Generationen liegt.

Im Übrigen ruft Hoffmann die Abgeordneten des Bundestages zur Kompromissbereitschaft auf. „Eine Politik der roten Linien ist einer Demokratie unwürdig. Der kategorische Ausschluss von Steuererhöhungen ist ebenso falsch wie die Darstellung, dass jede Ausgabenkürzung sozialen Kahlschlag oder wirtschaftlichen Niedergang bedeuten würde. Aus Sicht des Familienbundes gilt es mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit, vor allem sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker als bisher an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Ein wichtiges Anliegen des Familienbundes ist daher ein gerechteres Steuersystem, das die Erwerbseinkommen im unteren und mittleren Einkommensbereich entlastet und dort stärker belastet, wo der Wohlstand in den letzten Jahren überproportional gestiegen ist.“

„Die laufenden Haushaltsdiskussionen in Bund und Ländern bieten trotz aller Krisenstimmung auch eine Chance“, so der Präsident des Familienbundes, „und zwar für die Priorisierung dringend nötiger Investitionen in klimagerechte und sozial ausgewogene Reformen für die kommenden Generationen.“

DIE GRUNDGEDANKEN DER KINDERGRUNDSICHERUNG NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN

Anlässlich der heutigen Sachverständigenanhörung zur Kindergrundsicherung im Familienausschuss des Deutschen Bundestages ruft der Familienbund der Katholiken die Abgeordneten zu einer kritischen Überprüfung des bisherigen Konzepts auf. Aus seiner Sicht werden die mit dem Reformvorhaben verbundenen Ziele nicht erreicht. Weder kommt es zu einer deutlich besseren finanziellen Unterstützung einkommensschwächerer Familien, noch zu einer merklichen Vereinfachung.

Berlin, 13. November 2023 – „Kinder sind unsere Zukunft. Sie benötigen für ein gutes Aufwachsen soziale

Teilhabe und gute Bildungschancen. Wenn jedes fünfte Kind in Armut aufwächst, bleiben zu viele Kinder zurück. Diesen dringlichen Missstand anzugehen, liegt also auf der Hand“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken. „Die Reform muss aber die für sie vorgesehenen Gelder bestmöglich für Familien einsetzen. Wenn ich Verkomplizierungen sehe, wo es eigentlich einfacher werden sollte, und hohe Anteile des Budgets dauerhaft für eine neue Verwaltungsstruktur verwendet werden sollen, scheinen mir die Grundgedanken der Kindergrundsicherung aus dem Blick zu geraten.“

Mit der Kindergrundsicherung hat sich die Regierung vorgenommen, die Kinderarmut in Deutschland zu reduzieren und für Kinder deutlich bessere Teilhabechancen zu schaffen. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht eine Zusammenlegung mehrerer Familienleistungen vor, für deren Verwaltung die Familienkassen bei der Bundesagentur für Arbeit zum Familienservice ausgebaut werden sollen.

Der Familienbund fordert, dass die Familien die Leistungen aus einer Hand erhalten. Jedoch wird es für Familien im Bürgergeldbezug komplizierter. „Bisher erhalten arme Familien die Grundsicherung für alle Familienmitglieder vom Jobcenter. Jetzt sollen sie für die Kinder zusätzlich zum Familienservice – und wenn die neue Kindergrundsicherung nicht ausreicht, dann doch wieder ergänzend zum Jobcenter. Das erscheint mir nicht durchdacht“, so Ulrich Hoffmann. „Das Vom-Kind-aus-Denken führt hier dazu, dass die Familie als Ganzes aus dem Blick gerät. Wer aber wirklich vom Kind aus denkt, denkt an die Familie.“

Auch zur Ersparung von Verwaltungskosten sind laut Hoffmann Doppelzuständigkeiten zu vermeiden, um den Familien die Leistungen aus einer Hand zu gewähren und mehr Geld für die Familien selbst zu verwenden. „Allein die geplante Verwaltungsumstellung wird jährlich Kosten

in Höhe von 408 Millionen Euro verursachen, die an anderer Stelle des Haushaltes des Familienministeriums eingespart werden müssen. Das geht direkt zu Lasten anderer familienpolitischer Maßnahmen, ohne dass ein klarer Vorteil für die Familien erkennbar wäre.“

Ulrich Hoffmann hält auch eine bessere finanzielle Unterstützung einkommensschwächerer Familien für notwendig: „Ohne eine spürbare Leistungserhöhung, die die Grundbedarfe von Kindern tatsächlich sichert und Familien mit kleinen bis hin zu mittleren Einkommen stärker unterstützt, wird sich die Kinderarmut nicht reduzieren lassen. Bisher gibt es noch keine transparenten Darstellungen der Regierung, in welchen Einkommensbereichen durch die Neuregelung Besserstellungen generiert werden. Ich fürchte, dass es an einigen Stellen zu Schlechterstellungen kommen wird. Die Regierung sollte den intern sicherlich vorliegenden Vergleich des geltenden und des geplanten Rechts den Abgeordneten und der Öffentlichkeit vorlegen.“

Ein Großteil der vorgesehenen zahlreichen Umetikettierungen und Neuordnungen bringen kaum Gewinn für Familien, sondern stiften eher inhaltliche wie rechtliche Verwirrung. An vielen Stellen des Entwurfs werden Regelungen zum Kindergeld und zum Kinderzuschlag übernommen, jedoch mit neuen Begriffen versehen. Dort wo sich nichts ändert, sollten die bisherigen Begriffe erhalten bleiben. Die geplante Umbenennung des Kindergeldes in Kindergarantiebetrag sollte daher unterbleiben.

Die steuerrechtlichen Regelungen bewertet Ulrich Hoffmann positiv: „Ich begrüße die Beibehaltung der vollen steuerlichen Freibeträge für Kinder, denn alle Familien haben einen Anspruch auf faire Besteuerung. Kinder führen zu einer reduzierten steuerlichen Leistungsfähigkeit, die nach den allgemeinen Prinzipien der Besteuerung und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu berücksichtigen ist.“

BESCHLUSS DER BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG DES FAMILIENBUNDES DER KATHOLIKEN 12.11.2023

Antrag Tempolimit: Der Familienbund der Katholiken beschließt, sich für die sofortige Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf allen deutschen Autobahnen auszusprechen und durch geeignete Maßnahmen auf die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Fraktionen einzuwirken, ein dementsprechendes Gesetz zu erlassen.

Antrag Fortführung AG Klimagerechtigkeit: Die BDV beschließt die Fortführung der Auseinandersetzung mit dem Thema Klimagerechtigkeit und den Fortbestand der AG Klimagerechtigkeit für mindestens ein weiteres Jahr. Die AG Klimagerechtigkeit erhält folgende Aufträge:

- für diesen Themenbereich konkrete politische Positionen zu erarbeiten, die der Familienbund aus seiner Familienperspektive heraus begründen und authentisch vertreten kann.
- Impulse zu geben für die innerverbandliche Beschäftigung und Umsetzung klimagerechter Maßnahmen auf Landes-, Diözesan- und Verbandsebene.

STELLUNGNAHME ZUM GESETZENTWURF DER BUNDESREGIERUNG: ENTWURF EINES GESETZES ZUR EINFÜHRUNG EINER KINDERGRUNDSICHERUNG

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. November 2023

Das Bundeskabinett hat am 27.09. 2023 einen Regierungsentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung verabschiedet. Der Familienbund hält es in Übereinstimmung mit dem Gesetzentwurf für ein zentrales Anliegen der Familienpolitik, Kinder aus der Armut zu holen und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Dabei hält er es für wichtig, immer die gesamte Familie im Blick zu haben. Eine isolierte Betrachtung der Kinder führt zu Problemen, was sich auch im vorliegenden Gesetzentwurf zeigt.

Dem Familienbund sind im Rahmen dieser geplanten Reform der monetären Familienleistungen drei Dinge besonders wichtig:

- eine spürbare Leistungserhöhung, die die Grundbedarfe der Kinder tatsächlich sichert und Familien mit kleinen bis hin zu mittleren Einkommen stärker unterstützt,
- eine möglichst einfache, unbürokratische Ausgestaltung, um mehr anspruchsberechtigte Familien zu erreichen, und
- die Beibehaltung der vollen steuerlichen Freibeträge für Kinder.

Hinsichtlich des zuletzt genannten Punktes begrüßt der Familienbund, dass die Kinderfreibeträge ungekürzt erhalten bleiben. Bei den Steuerfreibeträgen geht es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht um Familienförderung, sondern um (horizontale) Steuergerechtigkeit zwischen Personen mit gleichem Einkommen, aber unterschiedlicher Kinderzahl. Kinder führen zu einer reduzierten steuerlichen Leistungsfähigkeit, die nach den allgemeinen Prinzipien der Besteuerung zu berücksichtigen ist. Erst nach der Gewährleistung einer gerechten Besteuerung für alle Familien ist sinnvollerweise die Frage zu stellen, welche Familien darüber hinaus eine Familienförderung benötigen.

Positiv ist, dass der Gesetzentwurf die bestehende parlamentarische Praxis, bei einer Erhöhung der Kinderfreibeträge auch das Kindergeld (bzw. den Kindergarantiebetrag) entsprechend anzuheben, gesetzlich regelt (§ 66 EStG-E). Das gewährleistet, dass bei Freibetragserhöhungen alle Familien profitieren.

Bei den Punkten Leistungserhöhung und -vereinfachung sieht der Familienbund das Ergebnis des Gesetzentwurfs kritisch. Die Initiativen der Bundesfamilienministerin für

eine angemessene Finanzierung des Reformvorhabens hat der Familienbund – auch im Rahmen eines breiten katholischen Bündnisses – unterstützt und tritt weiter dafür ein. Leider gibt es im Entwurf aber nur teilweise Besserstellungen, v.a. im Bereich der Anrechnungsregelungen im Grundsicherungsbezug, aber nicht bei der Höhe der Zahlbeträge. Eine transparente Darstellung, in welchen Einkommensbereichen es durch die Neuregelung Besserstellungen gibt und wo es im Vergleich zum geltenden Recht zu Schlechterstellungen kommt, hat die Bundesregierung – anders als bei der letzten Reform des Kinderzuschlages 2019 – nicht vorgelegt. Der Familienbund hält es für wichtig, dass an dieser Stelle Transparenz geschaffen wird. Er befürchtet Schlechterstellungen bei ehemaligen Bezieher:innen des Kinderzuschlages, also für Familien mit kleinen Einkommen knapp oberhalb der Grundsicherung.

Statt echter Leistungsverbesserungen sieht der Entwurf für die Familien an vielen Stellen begriffliche Umetikettierungen und weitgehend symbolische Änderungen von Zuständigkeiten sowie im Verwaltungsverfahren vor, deren Wirksamkeit und Funktionalität mindestens fragwürdig sind. Es entsteht der Eindruck, dass diese umfangreiche „Neuorientierung“ vorrangig dazu dient, den im Vergleich zur vorausgehenden zivilgesellschaftlichen Kindergrundsicherungsdebatte geringen Gehalt der Reform zu überdecken. Dies führt zu teilweise fragwürdig gelösten politischen Zielkonflikten, etwa wenn für das Ziel „Kinder aus dem SGB II holen“ in Kauf genommen wird, dass Familien im Grundsicherungsbezug für ihre Kinder jetzt eine weitere Stelle aufsuchen müssen, was das Verfahren für Familien weiter verkompliziert, anstatt es zu vereinfachen. Von begrifflichen oder symbolischen Veränderungen können sich Familien aber nichts kaufen.

Insgesamt erscheint die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausgestaltung der Kindergrundsicherung grundsätzlich nah am bestehenden Leistungssystem aus Kindergeld und Kinderzuschlag: Das Kindergeld wird zum Garantiebetrag, der Kinderzuschlag geht im zukünftigen Zusatzbetrag auf. Die Höhe des Zusatzbetrages orientiert sich allerdings nicht mehr am sächlichen Kinderexistenzminimum des Steuerrechts, sondern am altersgestaffelten Existenzminimum des Sozialrechts. Viele Regelungen, die bereits heute beim Kindergeld und beim Kinderzuschlag Anwendung finden, sollen weiter gelten.

Die vollständige Stellungnahme können Sie hier lesen:



ULRICH HOFFMANN IN DEN BERATENDEN VORSTAND DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR ZEITPOLITIK GEWÄHLT

Wir gratulieren Ulrich Hoffmann zu seiner Wahl als beratendes Vorstandsmitglied.

" Das Thema Zeit, der Umgang damit und das Ziel, vielfältige Optionen zu generieren, damit Menschen so leben, erziehen und pflegen können, wie sie es möchten, ohne allzu große wirtschaftliche Einbußen hinnehmen zu müssen, sind allgegenwärtig. Dabei steht die politische Debatte erst am Anfang. Der allgemeine gesellschaftliche Beschleunigungsdruck macht nicht vor dem Familienleben halt. Zeitpolitik sollte aus diesem Grund so gestaltet sein, dass vielfältiges Familienleben für individuelles Zusammensein möglich ist. Die Strukturen, in denen sich die einzelnen Familienmitglieder befinden, wie Kita, Schule, Arbeitsplatz, Pflege, beeinflussen die innerfamiliäre Zeitgestaltung so, dass häufig das Zusammenleben konfliktreich ist, weil Zeitmenge und Zeitqualität unzureichend sind.

Auch wenn in mehreren politischen Bereichen wie bei der Elternzeit, dem Elterngeld, der Pflegezeit oder der Familienpflegezeit das Thema Zeit aufgegriffen wurde, bleibt der Eindruck, dass es dabei vor allem um den Erhalt der Arbeitskraft geht. Im Mittelpunkt der Zeitpolitik sollten aber die Menschen und die gemeinsame Zeit in der Familie stehen. Genau deshalb möchte ich mein Engagement dafür nutzen, für andere die politischen Stellschrauben im Umgang mit der begrenzten Ressource Zeit so zu drehen, dass sich die Souveränität über die eigene Zeit verbessert.



Foto: KNA

Meine Schwerpunktthemen liegen deshalb bei der Verknüpfung von Familien- und Zeitpolitik in den Feldern: Zeit für Familie, Beziehungen, Care-Arbeit." (Ulrich Hoffmann)

BEKANTMACHUNG

„Ohne Prof. Dr. Dietrich Simon würde der Familienbund seine heutige Rolle in der Gesellschaft und der Politik nicht spielen.“ – Heinrich Sudmann

Der Familienbund der Katholiken verneigt sich in Dankbarkeit vor Prof. Dr. Dietrich Simon. Von 1980 bis 1986 war er Präsident des Familienbundes und hat diesen – wie den Worten des damaligen Geschäftsführers Heinrich Sudmann zu entnehmen ist – stark geprägt. Die Anliegen der Familien ins Zentrum der Politik zu rücken, ist weiterhin ein großer Auftrag für uns. Prof. Simon lebte von 1936 bis 2023, war in Göttingen, Marburg und Jena als Professor für Rechtswissenschaften tätig. Am Dienstag, dem 14. November 2023, ist er im Alter von 87 Jahren verstorben.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen.

In stiller Trauer
Ulrich Hoffmann
Präsident des Familienbundes



Ferdinand Oertel, ZDF-Intendant Stolte, Familienministerin Süßmuth, Familienbundpräsident Simon (v.l.n.r.)

Foto: Stimme der Familie, 1986

DV Aachen

Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel.: 0241/452 379
familienbund@bistum-aachen.de, www.familienbund-aachen.de

FRÜHKINDLICHE BILDUNG - WELCHEN AUFTRAG HABEN KITAS?

Am 21. November 2023 fand das digitale Familienpolitische Forum des Familienbundes der Diözese Aachen unter dem Titel "Frühkindliche Bildung – Welchen Auftrag

haben Kitas?" statt. Die Veranstaltung bot eine Plattform für einen intensiven Austausch über die aktuellen familienpolitischen Herausforderungen im Bereich der frühkindlichen Bildung. Zu Gast waren Eileen Woestmann, Sprecherin für Kinder und Familien von den Grünen im Landtag NRW, sowie Heike Kriete vom Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder und Geschäftsführerin der Diözesan-AG Aachen.



Foto: Pexels/Yan Krukau

Eileen Woestmann gab einen Einblick in die aktuellen familienpolitischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen. Ihr Fokus lag dabei auf der frühkindlichen Bildung und dem vielfältigen Auftrag, den Kindertagesstätten in diesem Kontext haben. Sie betonte die Bedeutung des Dreiklangs von Bildung, Erziehung und Betreuung sowie die laufende Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Besonderes Augenmerk wurde auf die partnerschaftliche Verantwortungsgemeinschaft zwischen dem Land, den Trägern und den Kommunen gelegt.

Heike Kriete sprach aus der Perspektive der kirchlichen Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder. In ihrem Beitrag hob sie die Notwendigkeit hervor, den Alltagsbetrieb sicherzustellen und gleichzeitig den Bildungsanspruch zu wahren und verwies dabei auf die Rahmenrichtlinien zur Qualitätssicherung, die im Bistum Aachen umgesetzt werden.

Die anschließende Diskussion mit allen Teilnehmerinnen war lebhaft und zeigte das starke Interesse an den diskutierten Themen. Es wurden Fragen zur Reform des KiBiz, zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachkräfte, zum Einsatz multiprofessioneller Teams und zur Flexibilisierung der Buchungszeiten diskutiert.

Eileen Woestmann schloss mit der Bitte um aktive Beteiligung und Rückmeldung seitens der Teilnehmerinnen. Sie ermutigte dazu, konkrete Anliegen und Hinweise auf Nachbesserungsbedarf per E-Mail an sie zu senden.

DV Augsburg

Kitzenmarkt 20, 86150 Augsburg, Tel.: 0821/3166-8860
familienbund@bistum-augsburg.de

NEUER VORSTAND NIMMT ARBEIT AUF

Gestärkt als „e.V.“ (eingetragener Verein) und mit größerem ehrenamtlichen Leitungsteam schlägt der Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg ein neues Kapitel auf. Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Verband einen neuen Vorstand: Vorsitzender des Diözesanverbandes ist Pavel Jerabek aus Neu-Ulm, der schon in den vergangenen Jahren zusammen mit Michael Brandt aus Pöttmes die Geschicke des Familienbunds lenkte. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Familienbund-Mitglieder neben Brandt auch Paul Dieterle aus Rain am Lech. Als Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung arbeiten künftig Maria Hoffmann aus Marktoberdorf und Michael Ragg aus Oberstaufen im Vorstand mit.

Dass es wichtiger denn je ist, dass Familien für ihre Belange in Politik, Gesellschaft und Kirche eintreten und dass der Augsburger Familienbund den Familien eine Stimme gibt, betonte der Vorsitzende Jerabek mit Blick auf aktuelle Vorhaben der Bundesregierung in seinem Rechenschaftsbericht. Der Familienbund werde sich weiterhin durch Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Kontakte zur Politik, insbesondere auf Landesebene, dafür einsetzen, dass die menschlichen und christlichen Werte von Ehe und Familie auf der Basis der katholischen Soziallehre Beachtung finden.

Mit der im vergangenen Jahr beschlossenen Neufassung der Satzung und der darin vorgesehenen Umwandlung in einen e.V. trägt der Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg den geänderten steuerrechtlichen und buchhalterischen Umstellungen und Anforderungen im Bereich der Bischöflichen Finanzkammer Rechnung.



(v.l.) Michael Ragg (Bundesdelegierter), Paul Dieterle (stellvertretender Vorsitzender), Pavel Jerabek (Vorsitzender), Michael Brandt (stellvertretender Vorsitzender) und Maria Hoffmann (Bundesdelegierte).

Foto: FdK Augsburg

DV Trier

Mustorstr. 2 , 54290 Trier, Tel.: 0651/71 05 27 4, jutta.philipp@bgv-trier.de, www.familienbund-trier.org

GISELA RINK FOLGT HILDEGARD WEBER ALS VORSITZENDE



Foto: Fdk Trier

Der neugewählte Vorstand des Familienbundes der Katholiken – mit der neuen Vorsitzenden Gisela Rink (7.v.l.), Bischof Dr. Stephan Ackermann (1.v.r.) und dem Geistlichen Beirat Weihbischof Franz Josef Gebert (3.v.l.).

der KAB-Trier Corinna Heinze (Morbach). Im weiteren Verlauf wurde der langjährigen Vorsitzenden Hildegard Weber durch die Mitgliederversammlung in aller Form für den langjährigen herausragenden Einsatz für die Familien auf Ebene des Bistums Trier und die engagierte Mitwirkung in überregionalen Gremien auf Landes- und Bundesebene gedankt.

Mit Gisela Rink übernimmt eine in der Familienpolitik und dem Verbandswesen erfahrene Person die Führung des FDK-Diözesanverbandes. Neben vielfältigen beruflichen Erfahrungen als Erzieherin und Leiterin eines Kinderhortes in einem sozialen Brennpunkt kann Frau Rink als langjähriges Mitglied des saarländischen Landtages auf Erfahrungen als Sozial-, Familien- und Bildungspolitikerin zurückgreifen. Gisela Rink engagiert sich bereits seit vielen Jahren im Familienbund; aktuell als Vizepräsidentin des Bundesverbandes sowie als Vorsitzende des saarländischen Landesverbandes. Im Ehrenamt engagiert ist Gisela Rink darüber hinaus als Vorsitzende des Rundfunkrates des Saarländischen Rundfunks und als Vorsitzende des Caritasverbandes für Saarbrücken und Umgebung

FAMILIENBUND DER KATHOLIKEN IM BISTUM TRIER FEIERT JUBILÄUM MIT POSITIONSBESTIMMUNG: 70 JAHRE POLITIK FÜR FAMILIEN

Seit 70 Jahren setzt sich der Familienbund der Katholiken im Bistum Trier für die Belange von Familien in Kirche, Staat und Gesellschaft ein. Sein Gründungsjubiläum hat der Diözesanverband genutzt, um auf die Herausforderungen in der Kirchenkrise und die heutige Bedeutung von katholischen Verbänden zu blicken.

Die Jubiläumsveranstaltung am 10. Oktober startete mit einem Gottesdienst mit Bischof Dr. Stephan Ackermann und dem Geistlichen Beirat des Diözesanverbandes (DV), Weihbischof Franz Josef Gebert, im Dom. Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter anderer katholischer Verbände und der Kirche sowie Partner und weitere Gäste waren anschließend in den Romanischen Saal des Domkreuzgangs eingeladen. Anstelle einer Rückschau auf die Verbandsgeschichte blickten sie dort im Rahmen einer kleinen Fachtagung unter der Überschrift „Zwischen Niedergang und Aufbruch – Welche Rolle kommt den Katholischen Verbänden in der Kirchenkrise zu?“ auf die Bedeutung katholischer Verbände in heutiger Zeit. Die kurz zuvor neu gewählte erste Vorsitzende des DV, Gisela Rink, skizzierte die bleibende Aufgabe des Familienbundes als „Sprachrohr für Familien in Politik und Gesellschaft“. Dabei sei die Arbeit des Verbands so vielfältig und individuell wie die heutigen Formen von Familie, „die alle Konstellationen umfasst, in denen Menschen in Liebe verbunden sind und in gemeinsamer Verantwortung miteinander leben“. Angesichts der Situation in der Kirche und dem Wandel der Gesellschaft wolle man aber „nicht jammern, sondern darüber reden, wie wir uns einbringen und den Menschen helfen können“, sagte Rink.

Bischof Ackermann beglückwünschte die Verantwortlichen zu ihrem Jubiläum und dankte ihnen für ihren sieben Jahrzehnte währenden Einsatz für die Familien. In einem Impulsreferat schaute Ackermann auf die Rolle der Verbände in der Kirchenkrise. Vor dem Hintergrund der bleibenden Bedeutung von Familie als wichtigstes Bezugssystem auch für junge Menschen sehe er im Verband den bleibenden Auftrag, „die Welt aus dem Evangelium heraus zu gestalten“ – mit besonderem Blick auf die Familien in einem generationsübergreifenden Verständnis. Dabei stünden die Verbände in ihrer Arbeit insgesamt für „die Kirche“. Mit ihrem Laienengagement wirkten sie besonders „nach außen“ und bildeten mit ihrem Expertenwissen die Stimme der Kirche in den jeweiligen Bereichen. Die Art und Weise, wie die

Verbände mit strittigen Fragen umgehen, könne beispielhaft in die gesellschaftlichen Diskurse wirken; innerkirchlich seien sie nicht selten „Lernorte der Demokratie“, sagte der Bischof mit Blick auf synodale Prozesse. Darüber hinaus kämen immer noch viele, die in Politik und Gesellschaft engagiert seien, aus der kirchlichen Verbandsarbeit und leisteten so „als Einzelne einen wichtigen Beitrag für Kirche und Gesellschaft“, resümierte Ackermann.

In einem zweiten Referat betonte der Bundesgeschäftsführer des Familienbundes, Matthias Dantlgraber, die wechselseitige Bezogenheit von Kirche und Verbänden. „Die Krise der Kirche ist auch eine Krise der Verbände.“ Letztere hätten aber umgekehrt auch die Chance, in ihrer Scharnierfunktion zwischen Kirche und Gesellschaft und mit ihrem wertgeschätzten sozialen Engagement den allgemeinen Vertrauensverlust in die Kirche zu verringern und zu ihrer gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit beizutragen. Der Gesellschaft könnten die Verbände mit der katholischen Soziallehre „viel an Orientierung“ geben und zu gerechten Strukturen beitragen, sagte Dantlgraber. „Der Familienbund weist darauf hin, wie wichtig die Leistungen der Familien für die gesamte Gesellschaft sind. Das ist ein Beitrag zum Gemeinwohl.“ Die Arbeit der Verbände sei dann erfolgreich, wenn sie ein klares Profil besäßen, Schwerpunkte setzten, konkrete Forderungen formulierten und diese dauerhaft verfolgten. Dafür bedürfe es außerdem „starker Bündnispartner“, sagte der aus Berlin angereiste Vertreter des Bundesverbandes mit Verweis auf oftmals sehr langwierige politische Lobbyarbeit. „Ohne katholische Verbände ist keine katholische Politik zu machen. Das gilt ganz besonders jetzt in der Kirchenkrise“, befand Dantlgraber.

Der Artikel ist eine gekürzte Version des Beitrags von red/Stefan Endres

Familienbund der Katholiken im Bistum Münster e.V.

Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Tel.: 0251-97 441 468, www.familienbund-ms.de

MARIA KLEIN-SCHMEINK ZU GAST BEIM FAMILIENBUND Gemeinsam für die Stärkung der Demokratie



Foto: FdK Münster

Maria Klein-Schmeink und Beate Koritko, Vorsitzende des Familienbunds im Bistum Münster

Der Familienbund der Katholiken im Bistum Münster hat sich mit Maria Klein-Schmeink, MdB Bündnis 90/Die Grünen, getroffen. In dem 90-minütigen Gespräch wurden Themen wie die Energiewende und ihre Auswirkungen auf Familien, die gesellschaftliche Stimmung in Bezug auf Zuwanderung und die geplante Kindergrundsicherung intensiv diskutiert. Große Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass es angesichts der Wahlergebnisse in Hessen und Bayern gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um die Demokratie zu stärken und zu fördern. Klein-Schmeink sagte dazu: „In der Jugendarbeit, der Familienbildung und auch in den Familienverbänden sollte darauf aufmerksam gemacht werden, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist.“ Beate Koritko, Diözesanvorsitzende des Familienbunds, betonte zum Abschluss, dass sich der Familienbund weiter mit dem Thema Demokratieförderung beschäftigen und gegen Rechtspopulismus engagieren wird.

Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Breiter Weg 213, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/620 86 44 familienbund@bistum-magdeburg.de

www.familienbund-bistum-magdeburg.de

DANK UND VERABSCHIEDUNG FÜR CRISTEL UND MARKUS KRIESEL

Nach über 30 Jahren Wirken in der Familienferienstätte St. Ursula in Kirchmöser

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V. im Oktober dankte der Vorstandsvorsitzende, Wilfried Köhler, Ehepaar Christel und Markus Kriesel ganz herzlich für ihr über 30jähriges Wirken und ihr außerordentliches Engagement in der Familienferienstätte St. Ursula in Kirchmöser.

„Das Ehepaar Kriesel hat die Familienferienstätte St. Ursula aufgebaut, über drei Jahrzehnte maßgeblich geprägt und Tausenden Menschen wichtige Zeiten der Erholung ermöglicht. Der Familienbund dankt den Eheleuten Kriesel für ihren unermüdlichen und oft selbstlosen Einsatz für die Bedürfnisse von Familien mit kleinem Geldbeutel.“

Anfang der 1990er Jahre hatte Markus Kriesel die Leitung des Hauses in Kirchmöser übernommen und durch bewegte Jahre mit Neubau, Erweiterungen und Sanierungen geführt. Daneben war er in zusätzlichen Aufgaben für das Bistum Magdeburg und den neu gegründeten Familienbund unterwegs. Ehefrau Christel Kriesel arbeitete in allen diesen Jahren in der Gästebetreuung, Verwaltung und Buchhaltung und zahlreichen weiteren Aufgaben, die ein solches Haus erfordert.

In der Familienferienstätte fanden und finden Familien, Menschen mit Behinderung und viele andere Gruppen einen Bildungs-, Begegnungs- und Erholungsort, den sie sehr schätzen und an den sie immer wieder gern kommen.

Zum 1. Juli hat Conrad Reck die Hausleitung in Kirchmöser übernommen. Er stellte sich und seine bisherigen Erfahrungen und anstehende Projekte in der Familienferienstätte den Mitgliedern vor.

Bei Begegnung und in den Gesprächen der Mitglieder wurden viele Erinnerungen geteilt und neue Ideen für die Zukunft überlegt.



v. l.: Wilfried Köhler (Vorstandsvorsitzender), Markus Kriesel, Christel Kriesel, Conrad Reck

Foto: FdK Magdeburg

NACHRUF FÜR WILFRIED KÖHLER

„Denn deine Liebe reicht soweit der Himmel ist, deine Treue, soweit die Wolken ziehn.“ (Ps 57,11)

Wir trauern um Wilfried Köhler, der plötzlich und völlig unerwartet am 23. November 2023 im Alter von 65 Jahren verstarb. Familien als einzigartige Orte nachhaltiger Menschwerdung solidarisch und verantwortungsvoll zur Seite stehen - diesem Auftrag des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e.V. fühlte sich Wilfried Köhler viele Jahre im Vorstand und seit 2020 in der Verantwortung als dessen Vorsitzender besonders verpflichtet. Bereits im Jahr 2004, als ein Landesbündnis für Familien gegründet und zahlreiche Arbeitsgruppen Perspektiven zur Verbesserung der Situation der Familien in Sachsen-Anhalt erarbeiteten, engagierte sich Wilfried Köhler als Ministerialrat für das Thema - er leitete die AG Demografie und arbeitete später in einem entsprechenden Demografie-Beirat. Hier nahm er den Familienbund als eine wichtige kirchliche familienpolitische Stimme wahr und trat ihm 2013 als Mitglied bei.

Reich beschenkt und bewegt von den eigenen Familienerfahrungen - Wilfried Köhler und seine Frau Prof. Monika Köhler haben 3 Kinder und 8 Enkelkinder - blieb er auch nach seiner Pensionierung für familienpolitische Fragestellungen engagiert. Besonders wichtig war ihm dabei, Familien mit all den Turbulenzen eines solchen auf verlässliche Beziehungen ausgerichteten Lebens als einen nachhaltigen und unverzichtbaren gesellschaftlichen Wert zu verstehen und für notwendige sozialpolitische und kirchliche Unterstützungsperspektiven einzustehen. Als Vorsitzender des Familienbundes führte er den Verein durch schwierige Corona-Jahre mit starken finanziellen Belastungen für die Familienbildungs- und Familienerholungsstandorte in Naumburg und Kirchmöser. Maßgeblich gestaltete er die Hausleitungswechsel nach jeweils über 30 Jahren in beiden Einrichtungen mit. Gern brachte er sich in die Arbeit des Familienbundes auf Bundesebene ein und schätzte den Austausch für gemeinsame Ideen und Projekte. Seine fachliche und geduldige Freundlichkeit, seine Aufrichtigkeit und Zugewandtheit fehlen nun.

Wir vermissen einen tatkräftigen und warmherzigen Menschen. Möge Wilfried Köhler in Gottes ewiger Geborgenheit und Freude gehalten sein.

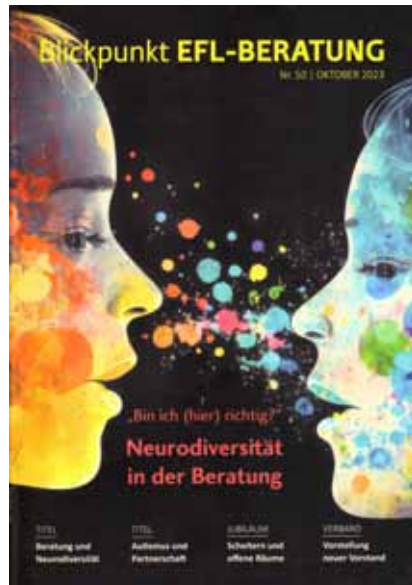
BV/EFL - Bundesverband Katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und -berater e.V.

Schmalestr. 14, 48429 Rheine, Tel.: (05971) 91 55 045
geschaeftsstelle@bv-efl.de, www.bv-efl.de

LEBEN WÄCHST „DAZWISCHEN“

Die theologische Relevanz von EFL-Beratung in Kirche und Gesellschaft

In einem Beitrag für die 50. Jubiläumsausgabe der Zeitschrift „Blickpunkt EFL-Beratung“ bescheinigt der Theologe Christian Kern aus Münster der Ehe-, Familien- und Lebensberatung einen besonderen Wert im Kontext moderner Gesellschaften. EFL-Beratung praktiziere eine Kunst des „Lebens dazwi-



schen“. Sie bietet „absichtslose offene Interaktionsräume“ an, in denen in befreiender Weise neue kreative Lebensmöglichkeiten in und aus Bruchstellen des Lebens entdeckt werden können.

Das gesellschaftlich vorherrschende Ideal sei „das souveräne Individuum, das sein Leben selbstbestimmt in der Hand hat und die eigene Souveränität im Erfolg der eigenen Lebensprojekte ausweisen soll“, so der Theologe. Demgegenüber müsse „das Andere, Fremde, Fragmentarische, das Nicht-Fassbare, das eigene Scheitern ausgeblendet und gewaltsam ferngehalten werden“. In kritischem Kontrast dazu böten die Praktiken der Ehe-, Familien- und Lebensberatung einen „sensiblen, klagen- und zugleich kreativen Raum“, in dem Menschen sich in offenen Prozessen den eigenen Fragmenten stellen. Im Zulassen der Verluste und des Scheiterns könnten so darin und daraus andere Möglichkeiten für neue Lebensgestalten Kontur gewinnen. „Leben wächst „dazwischen“, mit Sensibilität für Fragmentarität, Unfertigkeit, Insouveränität und auch Scheitern; zugleich mit eigener Kreativität und Kraft für eine Wende ins Offene“, schreibt Christian Kern.

Daraus gewinne die EFL-Arbeit ein ganz eigenes Standing und eine österliche Autorität. Sie erkunde und bezeuge gemeinsam mit Menschen, ihren Fragen, Uneindeutigkeiten und Fragmenten einen anderen Raum, der auf die Spur eines Anderen führt, der sich im gemeinsam geteilten „Leben dazwischen“ zugesagt hat. Gott, so könnte man dies verstehen, steckt oder ereignet sich inmitten der Lebenswenden im Tod des Scheiterns. Gott ist kein Gott souveräner Erfolge. Sein Ort ist der Raum, der sich im Scheitern öffnet und in dem sich neue Lebens- und

Beziehungsmöglichkeiten erschließen.

Damit eigne der EFL-Arbeit eine österliche Dynamik, die sie „sowohl in der Kirche ... wie auch in spätmodernen Gesellschaften insgesamt kritisch-kreativ zu Geltung bringen kann“.

kfd – Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands e.V.

Prinz-Georg-Straße 44, 40477 Düsseldorf,
info@kfd.de, www.kfd-bundesverband.de

KFD UNTERSTÜTZT FORDERUNG NACH KLIMAGELD

„Wir fordern, dass das Klimageld jetzt zügig kommen muss!“ – dieser Forderung an die Politik stimmt die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. zu. Sie hat daher den entsprechenden Brief des Umweltinstituts München e.V. unterzeichnet. Alle Interessierten können ab dem 9. November die Forderung nach Klimageld unterschreiben.

In dem Brief sind diese Botschaften an die Regierung genannt:

- Einführung des Klimagelds so schnell wie möglich, aber jedenfalls vor dem Sommer 2024
- Verwendung aller Erlöse aus der nationalen CO₂-Bepreisung für das Klimageld. (Das wären 130 Euro pro Kopf im Jahr 2024 und 250 Euro im Jahr 2027)
- Einführung des Klimagelds als unkomplizierte Pro-Kopf-Prämie

Nach Angaben des Umweltinstituts München zahlen in der Bundesrepublik alle seit dem Jahr 2021 einen Preis von derzeit 30 Euro pro Tonne ausgestoßenem CO₂ in den Sektoren Wärme und Verkehr. Das entsprechen beispielsweise etwa sieben Cent pro Liter Benzin. Mit der pauschalen Auszahlung des Klimagelds an die Bürger*innen, könnte der Staat einkommensschwächere Gruppen stärker entlasten.



KFD UNTERZEICHNET APPELL ZUR EINHALTUNG DES KSG

Foto: Pixabay/Stefan Keller



Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. sieht in der Novelle des Klimaschutzgesetzes (KSG) eine deutliche Schwächung der Einhaltung der Klimaziele. Als Mitglied der Klima-Allianz Deutschland e.V. hat sie daher den Appell „Klimaschutzgesetz stärken statt schwächen – Klimaziele einhalten!“ unterschrieben.

Mit dem Appell fordern die Mitglieder der Klima-Allianz Deutschland die Politiker*innen auf, sich für verbindlichen, ambitionierten und sozial gerechten Klimaschutz einzusetzen. Im konkreten Wortlaut wurden drei Anforderungen formuliert.

Bitte setzen Sie sich für ein starkes Klimaschutzgesetz ein, das ...

1. Regierungen bei einer Zielüberschreitung umgehend zur Nachsteuerung bringt und bei Rechtsbrüchen effektive Sanktionsmechanismen bereithält,
2. auch bei mangelndem politischem Willen einzelner Ministerien dringend nötige zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen gewährleistet,
3. die verbindlichen Sektorziele beibehält, insbesondere mit Blick auf die EU-Lastenteilungsverordnung. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Ministerien ihren fairen Beitrag leisten und Strafzahlungen in Milliardenhöhe vermieden werden.

Die Mitglieder der Klima-Allianz Deutschland sehen insbesondere den sozialen Aspekt bei der Einhaltung der Klimaziele. Unterlassener Klimaschutz würde vor allem von Armut betroffene Menschen, ältere Menschen, Kinder und Menschen mit Vorerkrankungen besonders belasten. Damit ist die Klimakrise nach Angaben des Bündnisses eine soziale Frage.



ND - Christsein heute

Gabelsbergerstraße 19, 50674 Köln, Tel: (0221) 17736342
info@nd-netz.de, www.nd-netz.de

VERANSTALTUNGSÜBERSICHT 2024

Das neue Jahr hält viele tolle Veranstaltungen bereit. Hier gibt es eine kleine Übersicht:

ND-WERKWOCHEN

Kinder und Ältere, Jugendliche und junge Familien, Alleinerziehende und Singles begehen gemeinsam den Jahreswechsel. Bei den inhaltlichen und kreativen Angeboten kann sich jede und jeder mit seinen Talenten einbringen – oder einfach die Seele baumeln lassen. Überraschend, erfrischend und stimmungsvoll. Anmeldung jeweils ab 1. September.

Veranstaltungsorte:

28.12.2023 - 02.01.2024

Stapelfeld
Roggenburg
Heiligenstadt
Münster



Foto: ND- Christsein heute

ND-PFINGSTTREFFEN

Als generationenübergreifendes Angebot von Freitag bis Montag versprechen die Pfingsttreffen überraschende, beglückende und stärkende Momente. Jeweils ein Thema wird inhaltlich und spirituell beleuchtet.

Eine ausführliche Übersicht über noch weitere spannende Veranstaltungen gibt es über den QR-Code.

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Str. 32, 50667 Köln, Tel. 0221-20701-110

E-Mail: christoph.noesser@kolping.de, www.kolping.de

RÜCKNAHME DER KÜRZUNGEN IM SOZIAL- UND JUGENDBEREICH MUSS NACH KARLSRUHER URTEIL BESTAND HABEN

Die Proteste der Jugendverbände und der freien Wohlfahrtspflege haben Erfolg gezeigt. Der Haushaltsausschuss hat die geplanten Kürzungen zurückgenommen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Umwidmung von Geldern im Haushalt 2021 für nichtig erklärt hat, darf die Zukunft der Sozial- und Jugendarbeit nicht erneut zur Disposition gestellt werden.

Mit großer Erleichterung haben die Kolpingjugend und das Kolpingwerk Deutschland zur Kenntnis genommen, dass sich die Fachpolitiker*innen in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2024 auf eine Rücknahme der Kürzungen, vor allem im Kinder- und Jugendplan des Bundes, aber auch im Bereich der Freiwilligendienste und der Arbeitsmarktintegration verständigt haben.

Wie viele andere gesellschaftliche Organisationen, die im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit tätig sind, hatte sich auch das Kolpingwerk mit seiner Jugendorganisation in den vergangenen Monaten vehement gegen die Kürzungen ausgesprochen und verdeutlicht, dass diese einen massiven Einbruch der Infrastruktur in diesen Bereich nach sich ziehen würde. „Umso mehr freut es uns, dass im parlamentarischen Verfahren die Bedeutung der Jugend- und Sozialpolitik hervorgehoben und gestärkt wurde“, sagt Alexandra Horster, Bundessekretärin des Kolpingwerkes Deutschland. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die Haushaltsexperten folgenden Regelungen vereinbart haben:

- Statt Kürzungen im Integrations- und Maßnahmenbudget der Jobcenter sollen nun 750 Millionen Euro für die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, für passgenauere Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten in den ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.
- Im Kinder- und Jugendplan des Bundes erhalten der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsverbände im Jahr 2024 einen Aufwuchs von rund 1 Million Euro für die internationale Jugendverbandsarbeit.
- Für den Bereich der Freiwilligendienste soll es einen Zuwachs von 27 Millionen Euro geben.
- Für die gemeinnützigen Familienferienstätten der Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung wurden im Einzelplan des BMFSFJ jetzt wieder Bautitel in Höhe von 1,125 Millionen Euro eingestellt.

„Es macht Mut, dass der Einsatz der Zivilgesellschaft Wirkung gezeigt hat, und dass sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass eine Streichung der Mittel zur Förderung von politischer Bildung und Teilhabe gravierende Folgen für unser demokratisches Gemeinwesen haben würde“, erläutert Horster. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass Tarifsteigerungen, erhöhte Sachkosten und inflationsbedingte Mehrkosten durch die Finanzierungszusagen nur bedingt aufgefangen werden können. Eine bedarfsgerechte Fi-

nanzierung der Kinder- und Jugendhilfe ist weiterhin nicht gewährleistet.

Die neuen Debatten nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die vom Bundesfinanzministerium verhängte Haushaltssperre dürfen nicht zu einer Rücknahme der Beschlüsse des Haushaltsausschusses führen. Gleichzeitig gilt es aus Sicht von KOLPING die „Zukunft im Blick“ zu behalten. Ökologische und soziale Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, damit die Lebenschancen zukünftiger Generationen gewahrt werden können.

KOLPING WIRD'S ZU HEISS!



Foto: Kolpingjugend

Ein Fahrrad, um selbst Energie zu erzeugen. Eine begehbare Weltkarte, um die Auswirkungen und Ungerechtigkeiten des Klimawandels kennenzulernen. Ein Stehtisch, um gemeinsam Klimaschutzlösungen zu entwickeln. Das, und vieles mehr, ist das Klimamobil der Kolpingjugend Deutschland. Mit dem Ziel, Menschen zu motivieren, sich für mehr Klimaschutz und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, fährt es durch ganz Deutschland. Neben einem Standprogramm für öffentliche Veranstaltung bietet es auch Workshops für Kinder-, Jugend- und Erwachsenen-gruppen.

Seit Start des Klimamobils im Juni 2023 konnten bisher 34 Einsätze erfolgreich durchgeführt werden. Auf Stadt- und Pfarrfesten, Tagen der offenen Tür, Märkten, Aktionstagen, Versammlungen uvm. war das Klimamobil zugegen. Im Fokus stand insbesondere das Thema „Energie und Klimaschutz“. Im kommenden Jahr soll das Themenspektrum und das Angebot erweitert werden, unter anderem um die Bereiche Konsum, sozialer Klimaschutz, Fake News, Spiritualität (Laudato Si/Laudate Deum) uvm.

Kolpingmitglieder können das Klimamobil kostenfrei für Veranstaltungen aller Art buchen. Geschulte Honorarkräfte fahren den Wagen zu den Einsatzorten, stehen dort als Ansprechpersonen zur Verfügung. Ab 2024 kann das Klimamobil auch für den Einsatz in Schulen und anderen Einrichtungen gebucht werden.

Dort, wo das Klimamobil nicht hinkommen kann, kann der Klimakoffer zum Einsatz kommen. Die Inhalte sind angelehnt an die Materialien des Klimamobils, bieten jedoch die Möglichkeit, eigenständig Workshops durchzuführen. Der „Klimakoffer“ kann bestellt und per Post verschickt werden. Es fallen lediglich Versandgebühren an.

Mehr Informationen finden sich auf www.kolping.de [<https://www.kolping.de/engagement/das-klimamobil/>].



RECHTSECKE

JOBCENTER MUSS IM EINZELFALL HÖHERE MIETE BEZAHLEN

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (Az. L 13 AS 185/23 B ER)

Familie Wiesenbach* hat es besonders schwer eine neue Wohnung zu finden. Mit einem schwerbehinderten und vier weiteren Kindern im Alter von 9 bis 22 Jahren kommt nur eine Erdgeschosswohnung in Frage. Sowohl Arzt als auch Jugendamt empfehlen eine barrierefreie Wohnung. Nun findet die Familie tatsächlich eine Wohnung im Erdgeschoss mit fünf Zimmern. Die Bruttokaltmiete liegt aber bei 1.426 Euro monatlich – deutlich über der Angemessenheitsgrenze von 1.335 Euro. Das Jobcenter will die Kosten dafür deshalb nicht übernehmen. Doch das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hält hier eine Ausnahme für gerechtfertigt.

Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist für Menschen mit Behinderung erheblich erschwert. Außerdem konnte im vorliegenden Fall nachgewiesen werden, dass die Chance der Familie eine andere geeignete Wohnung zu finden, sehr gering ist.

30-MINÜTIGE FAHRT ZUM KINDERGARTEN ZUMUTBAR

Oberverwaltungsgericht Münster (Az.: 12 B 683/23)

Benno Behäbig ist 3 Jahre alt und Kindergartenkind. Seine Eltern haben von der Stadt Münster einen Betreuungsplatz bekommen, sind aber mit der Entfernung unzufrieden. Von ihrer Wohnung ist die Einrichtung per Auto 4,3 Kilometer, mit dem Fahrrad 3,2 Kilometer entfernt. Sie benötigen etwa eine Viertelstunde. Sie klagen zunächst vor dem Verwaltungsgericht Münster. Als sie dort verlieren, geht es eine Instanz weiter und auch hier gibt man ihnen nicht recht. Die Richter des Oberverwaltungsgerichts begründen ihre Entscheidung so: "Eltern eines Kita-Kindes kann eine Fahrt zur Kindertagesstätte von bis zu 30 Minuten zugemutet werden. Eine Kommune ist nicht verpflichtet, dem Kind einen Betreuungsplatz in einer deutlich näher gelegenen Einrichtung eines freien Trägers oder in anderen Wunscheinrichtungen zu verschaffen."

UN-KLIMAKONFERENZ IN DUBAI COP28

„Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“

Erklärung von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Kirche zur UN-Klimakonferenz in Dubai

Anlässlich der 28. UN-Klimakonferenz, die am 30. November 2023 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) beginnt, veröffentlichen der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva Maria Welskop-Deffaa, und der Vorsitzende der Deutschen Ordensobernkongregation (DOK), Bruder Andreas Murk OFMConv, folgende gemeinsame Erklärung:

Die diesjährige UN-Klimakonferenz in Dubai (COP28) findet in schweren Zeiten statt. Nicht nur Kriege und Konflikte erschweren die internationale Zusammenarbeit. Naturkatastrophen und Temperaturrekorde führen uns weltweit vor Augen, dass in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig getan wurde. Welche zusätzlichen Anstrengungen zum Schutz von Klima und Umwelt nötig wären, legen zahlreiche wissenschaftliche Studien dar. Die Dringlichkeit des Handelns bekräftigt auch Papst Franziskus durch sein Apostolisches Schreiben *Laudate Deum* (LD) und seine mögliche Teilnahme an der UN-Klimakonferenz. Wir müssen und können jetzt handeln, denn „niemand rettet sich allein“ (LD 19). Dabei sind drei Themen von besonderer Wichtigkeit:

Ein erstes hat Papst Franziskus benannt, indem er die UN-Klimakonferenzen auffordert, „verbindliche Formen der Energiewende“ zu beschließen, „die drei Merkmale aufweisen sollten: dass sie effizient sind, dass sie verpflichtend sind und dass sie leicht überwacht werden können“ (LD 59). Diese Forderung des Papstes knüpft an die COP28 an, die dieses Jahr eine erste Bestandsaufnahme der weltweiten Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt vorlegen soll. Dieser „Global Stocktake“, wie er im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 festgehalten worden ist, muss endlich Konsequenzen nach sich ziehen. Bislang klafft bei der Emissionsreduktion eine große Lücke zwischen Zielsetzung und Umsetzung. Dabei sind wir alle in der Pflicht, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten zu schützen. Die Natur darf nicht einfach als Mittel für unseren Wohlstand missbraucht werden. Letztlich sägen wir an dem Ast, auf dem wir selbst sitzen, wenn wir Natur und Klima bedenkenlos zerstören. Damit alle Menschen jetzt und in Zukunft selbstbestimmt leben können, brauchen wir intakte Ökosysteme. Diese können allein in internationaler Zusammenarbeit und Solidarität erhalten und – wo nötig und möglich – wiederhergestellt werden. Dafür müssen wir endlich den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern wirksam angehen und die Beendigung ihrer Subventionierung verpflichtend beschließen.

Zweitens wurde auf der Klimakonferenz 2021 in Glasgow beschlossen, die finanziellen Mittel zur Anpassung an den Klimawandel bis 2025 gegenüber 2019 zu verdoppeln. Dies ist bisher nicht nur nicht umgesetzt worden, sondern die Industriestaaten bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Der jährliche Anpassungsbedarf der Entwicklungsländer wird laut dem *Adaptation Gap Report* von 2022 auf 160–340 Milliarden US-Dollar bis 2030 geschätzt. Die Anpassungskosten überfordern dabei bereits jetzt einige Länder. Klimagerechtigkeit bedeutet, im Sinne des Verursacherprinzips jene zu unterstützen, die selbst am wenigsten zum weltweiten CO₂-Anstieg beigetragen haben, aber am meisten unter den Folgen leiden. Hierzu gehören nicht nur die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, sondern auch der Fonds für klima- und umweltbedingte Schäden und Verluste („Loss and Damage“). Er wurde auf der COP27 in Scharm el-Scheich 2022 beschlossen, aber noch fehlt ihm jede Konkretisierung. Es muss unter Mitwirkung aller Akteure geklärt werden, wer in welchen Fällen mit Mitteln aus dem Fonds unterstützt wird und wer für dessen finanzielle Ausgestaltung verant-

wortlich ist.

Drittens hat der erste Klimagipfel auf dem afrikanischen Kontinent im September 2023 die Bedeutung gemeinsamen Handelns noch einmal untermauert. Der Schutz des Klimas kann nur gelingen, wenn alle Länder weltweit gleichberechtigt in ihren Kompetenzen anerkannt und in die Lage versetzt werden, ihren Teil beizutragen. In der Klima- und Energiepolitik haben afrikanische Länder ein großes Potenzial, zum Vorbild und zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt zu werden. Die wirtschaftlich starken Staaten dieser Erde müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Länder tatkräftig unterstützen, zum Beispiel durch die Ausweitung der „Just Energy Transition Partnerships“.

Alle Menschen guten Willens sind aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein! Diese Erklärung wird von der Deutschen Bischofskonferenz, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dem Deutschen Caritasverband und der Deutschen Ordensobernkongferenz zeitgleich verschickt.

KLIMASCHUTZ IST MACHBAR, HERR NACHBAR. SOZIALER AUSGLEICH IST DRIN, FRAU NACHBARIN.

Fossile Subventionen abbauen, Klimageld einführen - für eine bezahlbare und sozialverträgliche Klimawende

Vor fünf Monaten veröffentlichte GermanZero sein Klimanotstandspaket mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel für schnell wirksamen Klimaschutz. Gleichzeitig bewegt sich vieles in der Klimapolitik rückwärts. Wirksame Maßnahmen sowie Möglichkeiten für ihre Finanzierung und ihre sozial verträgliche Ausgestaltung liegen auf dem Tisch, doch die Bundesregierung steht auf der Bremse.



WIE WOLLEN WIR LEBEN UND ANDEREN ZU LEBEN ERLAUBEN?

Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gestalten können "Nachhaltige Entwicklung als Menschheitsaufgabe" unter diesem Titel stand die Ehren-Veranstaltung zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Klaus Töpfer. Die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Research Institute for Sustainability – Helmholtz Centre Potsdam (RIFS - ehemals IASS) und die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit haben am 7. November 2023 in Berlin anlässlich des 85. Geburtstages von Prof. Dr. Klaus Töpfer sein Lebenswerk gewürdigt und viele inhaltliche Impulse zu nationalen und internationalen Fragen nachhaltiger Entwicklung gesetzt.

Der Aktionsradius des ehemaligen Bundesministers und UN-Direktors war und ist international weit gefasst und wurde in Berlin, moderiert von Petra Pinzler, von Prof. Dr. Norbert Lammert, Andreas Jung MdB, Tanja Gönner, Katrin Göring-Eckardt MdB, Dr. Kathrin Goldammer, Antje von Broock, Dr. Eckart von Hirschhausen, Prof. Dr. Mark Lawrence und Klaus Milke gewürdigt. Hirschhausen schlug vor, dass "Über-Nächsten-Liebe" ein neues Wort für umfassende Weltverantwortung und christliche Politik sein könnte.

Klaus Töpfer verdeutlichte, dass es letztlich um eine Verantwortungsübernahme von allen für die Zukunft gehe – und das auf allen Ebenen: lokal, regional, national und international – also um eine Menschheitsaufgabe für die jetzigen und für die zukünftigen Generationen.



Der Bericht und das Video zur Veranstaltung ist hier:

GRÜNE ECKE



16. DEUTSCHER NACHHALTIGKEITSPREIS

2023 war ein Jahr der Ernüchterung: Die Erderwärmung brach neue Rekorde, die Herausforderungen von Klimakrise, Ressourcenübernutzung, Artensterben und sozialer Spaltung verschärften sich. Zahlreiche Unternehmen, Start-ups, Architekt:innen und wichtige Akteur:innen der Sportwelt haben sich dennoch oder gerade deswegen mit ihren mutigen und innovativen Beiträgen für einen nachhaltigen Wandel beworben. Am 23. und 24. November wurden die Besten in Düsseldorf prämiert.



LITTLE ICE AGE SCHAUSPIEL

Ein Schauspiel mit vielen Songs über eine vergangene Klimakrise von Marthe Meinhold und Marius Schötz

Eine kleine Gruppe trifft sich im Museum vor der «Winterlandschaft» von Hendrick Avercamp aus dem Jahr 1608. Es zeigt eine ganze Gesellschaft, die sich auf dem Eis vergnügt. Auch damals, in der so genannten Kleinen Eiszeit, änderte sich das Klima. Es wurde im Schnitt zwei Grad kälter. Dramatische gesellschaftliche Veränderungen waren die Folge: die moderne Welt entstand.

Die Menschen im Museum identifizieren sich mit dieser vergangenen Klimakrise. Was können wir aus der Geschichte lernen? Die Antwort der Menschheit auf die Veränderungen der Kleinen Eiszeit war die Unterwerfung der Natur. Können wir in der heutigen Klimakrise einen anderen Weg wählen und vielleicht den Vögeln wieder zuhören? Das Regieduo Marthe Meinhold und Marius Schötz erzählt ein dringliches Thema von heute aus historischer Perspektive mit viel Spiellust und Humor.



Literaturempfehlungen

ICH BIN DIE STADT, DAS KLIMA UND DIE TRANSFORMATION

Die Stadt ist ein Kristallisationspunkt unserer Kultur und nimmt in der Überprüfung der Gegenwart eine Schlüsselposition ein. Sie ist ein Organismus, ein sich permanent entfaltender Lebensraum für alles Lebendige.

Unser Bestand an Infrastrukturen und Bauwerken ist ein Geschenk der industriellen Revolution. Was mit massivem Einsatz von fossiler Energie errichtet wurde, wird zu einer Landschaft - zu einer Natur, die enorme räumliche Potenziale für eine suffiziente, ganzheitlich ausgerichtete Lebensweise bietet.

Durch selbstwirksames Handeln können wir zu aktiven Teilhaber:innen und Gestalter:innen der Gegenwart werden und uns mit unseren Mitmenschen, der Welt und uns selbst verbinden. Dieses Buch ist eine Ermutigung, das zu gestalten, was vor uns liegt.

Andree Weißert
Ich bin die Stadt, das Klima und die Transformation

Oekom Verlag, 2023.
176 S., Softcover

22 Euro.



KLIMAETHIK

Ein höchst aktuelles Lehr- und Lernbuch für Schule, Studium und Selbststudium: Dieter Birnbacher gilt als einer der einflussreichsten deutschen Klimaethiker. Seine Einführung von 2016 erscheint nun in vollständig überarbeiteter Fassung – Abschnitte zu Generationengerechtigkeit oder der Änderung des öffentlichen Bewusstseins in den letzten Jahren wurden neu gefasst.

Die Industrieländer tragen den Hauptteil der Verantwortung für die Veränderungen des Weltklimas. Problematisch ist hier die Asymmetrie von Verursachung und Betroffenheit. Der »Klimaethik« geht es in diesem Zusammenhang besonders um die Frage nach der Reichweite moralischer Verpflichtungen und ihre Konsequenzen für Länder, Gruppen und auch für jeden Einzelnen.

Dieter Birnbacher
Klimaethik

Reclam Verlag, 2022.
207 S., br.

7,40 Euro.



DER KLIMASTREIK UND DIE KIRCHE

Podcast-Host Michael Greder fragt in dieser Episode von „WTF?! What the Facts?“ bei Georg Sauerwein nach, wie der Globale Klimastreik am vergangenen Freitag gelaufen ist – und welchen Beitrag die Kirchen leisten. Georg engagiert sich bei „Christians for Future“ und hat bereits mehrfach über Klima-Themen in der Eule geschrieben. Im März 2021 war er schon einmal im „WTF?!“-Podcast zu Gast und sprach mit Michael über „Kirchen und Klimaschutz“.

Für den 15. September 2023 riefen „Fridays for Future“ und viele Bündnispartner wieder zum Globalen Klimastreik auf. In Deutschland beteiligten sich auch viele Christ:innen an den Streiks. „Christians for Future“ und „Churches for Future“ haben mit Andachten und Gottesdiensten das Programm mitgestaltet.

Podcast

ca. 28 Minuten



WAS BLEIBT? WAS KOMMT?

Mit „Was bleibt? Was kommt?“ haben die Organisator*innen der 34. Studierendentagung der Deutschen Gesellschaft für Empirische Kulturwissenschaft (DGEKW) ihren Fokus auf ein topaktuelles Thema gesetzt. Das stete Kommen und Gehen, der Wandel, macht Leben, auch Alltagsleben, aus, das seit jeher im Zentrum kultur- und sozialwissenschaftlicher Forschungen der Europäischen Ethnologie/Empirischen Kulturwissenschaft/Kulturanthropologie steht. Allerdings hat sich das Tempo der Veränderungen im 21. Jahrhundert rasant beschleunigt. Deshalb und insbesondere mit Blick auf den Klimawandel sprach der Soziologe Ulrich Beck in seinem letzten Werk von einer „Metamorphose“ unserer Welt.

Stark, Einecke, May,
Waldmann (Hg.)
Was bleibt? Was kommt?

Würzburger Studien, 2023.
184 S., pdf



102 GRÜNE KARTEN ZUR RETTUNG DER WELT

Wie viel Tropenwald verliert die Erde jedes Jahr? Welche Stadt investiert am meisten in Radwege? Wie gut setzen die Staaten das Pariser Klimaschutzabkommen um? Wie heiß wird es 2050 in Oslo? Und überhaupt: Bestimmt jeder Einzelne über die Zukunft der Welt, oder ist vor allem die Politik gefordert? Antworten auf diese und viele andere Fragen finden sich in den erschreckenden, erhellenden und Mut machenden Karten von Deutschlands innovativstem Magazin.

Auf einen Blick wird klar, wie dramatisch der Zustand der Erde ist – aber auch, wie leicht es wäre, ihn zu verbessern.

Hg. : Katapult
**102 grüne Karten zur
Rettung der Welt**

Suhrkamp Verlag, 2020.
203 S., fester Einband,

22 Euro.



HILLIBILLY RETTET DEN WALD

Hillibilly ist ein Zwerg. Ein sehr kleiner Zwerg. Als er eines Tages von seinem Baumhaus purzelt, landet er genau auf dem Rücken der Hündin Citta, die zufällig vorbei läuft. Die beiden werden Freunde und Hillibilly lebt von nun an vergnügt auf dem Rücken der Hundedame. Eines Tages beim Waldspaziergang treffen sie auf außergewöhnliche Füchse, die geheimnisvolle Sätze zu ihnen sagen und um Hilfe bitten. Als die beiden herausfinden, warum die Tiere des Waldes dringend Hilfe brauchen, sind sie schon inmitten des großen Abenteuers. Kann ein kleiner Zwerg einen ganzen Wald retten? Und gibt es vielleicht noch andere Zwerge? Viel Spaß beim ersten großen Abenteuer vom Zwerg Hillibilly!

Toni Komisch
Hillibilly rettet den Wald

Minigolf Verlag,
2021.

14,99 Euro.



Leseempfehlung: ab 4 Jahren

Worüber möchten Sie gern etwas lesen?
Schreiben Sie uns:
stimme@familienbund.org

FRAGEN AN JEAN-HENRI HUTTARSCH

- 1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?**
Das vollkommene irdische Glück wird für mich in einer simplen Situation greifbar: Wenn ich mich im Kreise meiner liebsten Menschen befinde und wir uns der Zubereitung einer Mahlzeit widmen, die wir im Anschluss gemeinsam verspeisen.
- 2. Wer hat Sie geprägt?**
Meine Frau – Dank und Grüße gehen an sie raus. Durch sie konnte ich mich einerseits weiterentwickeln, andererseits kann ich mich durch sie auf die wesentlichen Dinge im Leben zurückbesinnen.
- 3. Als Kind wollte ich immer ...**
...mich der Meeresarchäologie widmen. Die Gegenwart reizt mich nun doch mehr als die Vergangenheit.
- 4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?**
Ein liebevolles, unterstützendes Elternhaus in dem ich mich immer geborgen gefühlt habe.
- 5. Wozu können Sie nicht nein sagen?**
Einladungen zum Essen.
- 6. Eine der besten Erfindungen ist ...**
Das Internet: unendliche Möglichkeiten sind aufgegangen – zum Guten wie auch zum Schlechten.
- 7. Ihre liebste Bibelstelle?**
Die Schöpfungsgeschichte: denn es erstaunt mich immer wieder, dass die berichtete Reihenfolge noch vor den empirischen Wissenschaften teils richtig war, z. B. Pflanzen vor Tieren, Meerestiere vor Landtieren.
- 8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?**
Siehe Frage 1. Das ist es, was für mich zählt. Wo ist dabei zweitrangig.
- 9. Was ist für Sie „zu Hause“?**
Dort, wo meine Familie auf mich wartet.
- 10. Wenn Sie Bundeskanzler wären, was würden Sie als erstes tun?**
Reform der Schuldenbremse und hierdurch Investitionen in Bildungs- und Gesundheitswesen sowie Klimaschutz; Abschaffen klimaschädlicher Subventionen; das Umsetzen klimapolitischer Maßnahmen entlang von Bedarfs- und Verursachergerechtigkeit. Studien zeigen immer wieder auf: die einkommensstärksten Teile der Gesellschaft sind diejenigen, die am meisten emittieren. Gleichsam sind es auch diejenigen mit den größten Ressourcen - sie können die größten Lasten tragen.
- 11. Bitte vervollständigen Sie den Satz:
„Familie bedeutet für mich ...“**
...Verlässlichkeit und sozialer Rückhalt.”



Jean-Henri Huttarsch

M.Sc., arbeitet am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS) aktuell für die Wissensschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 sowie ehemals für das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer. Außerdem promoviert er an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in Umweltpsychologie.